

## **Für Sicherheit, Wachstum und Klimaschutz. Leitlinien der Energie- und Rohstoffpolitik aus Sicht des Handwerks**

*Beschluss des Vorstandes von HANDWERK.NRW vom 26.8.2022*

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat viele Gewissheiten erschüttert, von denen sich die deutsche Außen-, Wirtschafts- und Klimapolitik bisher leiten ließ. Bundesregierung und Bundestag haben darauf reagiert: außenpolitisch durch humanitäre Maßnahmen, durch Zugang zu militärischer Hilfe und durch eine schrittweise verschärfte Sanktionspolitik gegenüber Russland, darüber hinaus auch mit Absprachen mit anderen Ländern zur Energieversorgung und durch innen- und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Handwerksorganisationen, außen- oder sicherheitspolitische Grundentscheidungen der Bundesregierung zu bewerten. Wir müssen aber im Interesse unserer Mitglieder Erwartungen formulieren, wie unter diesen politischen Rahmenbedingungen die Energie- und Rohstoffstrategie unseres Landes aussehen muss. Denn viele Handwerksbetriebe spüren derzeit hautnah, welche massiven Auswirkungen gestiegene Energiepreise und wachsende Versorgungsrisiken auf sie haben. Zugleich sind sie in vielen Marktfeldern kompetent darin, Maßnahmen und Investitionen für mehr Energieeffizienz und mehr Ressourcenschonung zu ermöglichen, auf die es nun ankommt. Die deutlich gestiegene Nachfrage in diesen Marktfeldern stellt für das Handwerk allerdings eine große Herausforderung dar.

Eines ist dabei klar: Wir brauchen eine umfassende Strategie, die unsere Wirtschaftsordnung weniger erpressbar und fragil und gleichzeitig anpassungsfähiger und kreativer im Aufspüren und Umsetzen neuer Lösungen macht – auch im Hinblick auf den Klimaschutz. Auf folgende Punkte kommt es aus Sicht des Handwerks an:

1. Langfristige Versorgungssicherheit für Energie und Rohstoffe werden wir nur erreichen, indem wir die Abhängigkeit von unzuverlässigen Staaten konsequent reduzieren. Wir müssen Lieferketten und Wertschöpfungsketten diversifizieren und damit flexibler machen. Wir müssen lernen, uns auf solche Partner zu konzentrieren, die Handelsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit respektieren.
2. Die aktuelle Situation ist eine gewaltige Herausforderung für den Betrieb und die Netzstabilität der leitungsgebundenen Versorgungsinfrastruktur. Zur Versorgungssicherheit können deshalb auch dezentrale Lösungen wie PV-Anlagen beitragen, wenn die Einspeisung der dort erzeugten Energie gesteuert wird und wenn die Tragfähigkeit der Netze für erneuerbare Energien ausgebaut wird. Daraus entsteht Wettbewerb, der das Versorgungssystem insgesamt stabiler, anpassungsfähiger und weniger fragil macht.

3. Für eine erfolgreiche Transformation müssen wir auf Wettbewerb setzen. Die Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen durch den Ausbau der Fernwärme oder bei der Ladeinfrastruktur wäre ein energie- und wettbewerbspolitischer Irrweg, insbesondere wenn dadurch die Wahlmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher beschränkt werden. Die jetzigen Herausforderungen sind kein Anlass, einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zulasten der Privatwirtschaft das Wort zu reden. Die Schwächung der unternehmerischen Privatinitiative durch eine Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft wäre den Zielsetzungen der künftigen Energieversorgungsstrategie nicht dienlich.
4. Um Versorgungsstabilität zu erreichen und Produktionsprozesse in der gesamten Wirtschaft anzupassen, werden viele öffentliche und private Investitionen nötig sein. Es ist deshalb wichtig, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu überprüfen, zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.
5. Die Reduzierung von Energieverbrauch und die nachhaltige Senkung von Energiekosten sind eine kurz- und langfristige Aufgabe. Regulatorische Rahmenbedingungen, die dem entgegenstehen, müssen systematisch auf den Prüfstand gestellt werden. Konkret gilt dies z.B. für die geltenden Abstandsregeln für Wärmepumpen im Außenbereich und die geltenden Abstandsregeln von PV-Anlagen, die sinnvolle Investitionen verhindern.
6. Die Handwerksbetriebe können durch niedrigschwellige Beratungsangebote für Verbraucher Verhaltensänderungen und Investitionsbereitschaft auslösen, mit denen der Energieverbrauch reduziert wird.
7. Die Handwerksorganisationen haben mit der Landesregierung eine Initiative verabredet, um Beratungs- und Informationsangebote zu verstärken. Dafür müssen Förderprogramme geschaffen werden, die die Inanspruchnahme von Beratung attraktiver machen.
8. Das Handwerk steht bereit, sich auf kommunaler und regionaler Ebene in Bündnisse einzubringen, in denen viele unterschiedliche Akteure miteinander vereinbaren, Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne in Energieversorgung, Mobilität und Stadtentwicklung zu ermöglichen.
9. Von besonderer Bedeutung für das Gelingen der Energie- und Klimawende und für die Versorgungssicherheit ist die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Das Handwerk bietet jungen Menschen gerade auch in den dafür relevanten Tätigkeitsfeldern chancenreiche Bildungs- und Karrierewege. Speziell für die klimarelevanten Berufe brauchen wir kurz- und mittelfristig zusätzliche Wege, um deutlich mehr geeignetes Personal für die Handwerksbetriebe zu erschließen. Die technologischen Anforderungen verlangen eine klare Qualitätsorientierung in der Qualifikation.
10. Für alle Akteure ist es wichtig, dass einfache und verlässliche Förderstrukturen bestehen und die politischen Rahmenbedingungen für energierelevante Investitionen Planungssicherheit geben. Ein vielversprechender Weg wäre es, ein einfaches Anreizsystem mit Prämien für das Energieeinsparen einzuführen.

11. Preise, die Anreize für Verhaltensänderungen und Investitionen setzen, sind der bessere Weg als Verbote und technologische Vorgaben. Trotz allem müssen Energie und Rohstoffe bezahlbar bleiben, um soziale Verwerfungen zu vermeiden. Die Absenkung von Energiesteuern, die derzeit ohnehin etwa die Hälfte des Energiepreises ausmachen, wäre ein erster Schritt.
12. Die Systematik von Steuern und Abgaben muss widerspruchsfrei und nachvollziehbar sein und alle Sektoren des Energieverbrauchs diskriminierungsfrei einbeziehen. Wir brauchen eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die klare Signale setzt, anstelle einer unsystematischen und widersprüchlichen Energiebesteuerung. Abgaben aller Art müssen also dahingehend hinterfragt werden, ob sie nur aus fiskalischen Motiven erhoben werden oder ob sie dem ordnungspolitischen Ziel dienen, externe Kosten der Ressourcennutzung in die Wirtschaftsrechnung der Marktakteure zu integrieren.
13. Nicht nur im Gebäudesektor kommt es darauf an, dass dezentrales Wissen um Umstände und Besonderheiten genutzt wird, um wirklich effiziente Lösungen zu ermöglichen. Welche energetischen Maßnahmen an Gebäudehülle oder Gebäudetechnik für ein konkretes Gebäude die besten sind, lässt sich nicht am politischen Reißbrett entscheiden, sondern muss im Einzelfall geprüft werden. Technologieoffenheit ist daher in allen Fragen der Energiewende von entscheidender Bedeutung.
14. Eine mögliche Rationierung der Energieversorgung durch politische Vorgaben wirft schwerwiegende Fragen auf. Das Handwerk ist eng verflochten in Wertschöpfungsketten, von denen auch die sogenannte kritische Infrastruktur abhängt. Beispielsweise sind Krankenhäuser zwingend auf die Leistungen der Textilreiniger angewiesen. Dieser Verflechtung muss die Politik Rechnung tragen.
15. Wo die Politik – wie aktuell bei der Gasumlage – zu Privilegierungen greift, müssen Wettbewerbsverzerrungen zulasten des Handwerks und der kleinen und mittleren Betriebe verhindert werden. Die gasbetriebene Prozesswärme einer Bäckerei darf nicht anders behandelt werden als die gasbetriebene Heizwärme einer Industrieanlage.
16. Handwerk ist ein entscheidender Partner für die Transformation. Deshalb nützt es, das Handwerk auf allen Ebenen in den politischen Dialog zur künftigen Energieversorgungsstrategie einzubinden. Nur dann kann das Handwerk sein Wissen um Marktsituationen einbringen. Nur dann können die Belange der Betriebe in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.